



Antrag

der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Benjamin Nolte, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

Kassenbonpflicht abschaffen – Ressourcen schonen und Umwelt schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aus Gründen der Ressourcenschonung, der Müllvermeidung und des Bürokratieabbaus aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine unverzügliche Abschaffung der Kassenbonpflicht einzusetzen, sodass auf expliziten Kundenwunsch auf die Ausgabe von Kassenbons verzichtet werden kann.

Begründung:

Die Umsetzungspflicht des „Gesetzes zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“ sowie die Umsetzung der „Kassensicherungsverordnung“ führen bei den Unternehmen nicht nur zu erheblichen Mehrkosten sowie zu einem nutzlosen Bürokratiemehraufwand in Form der Kassenbonpflicht (Belegausgabepflicht), sondern belasten durch Tonnen an vermeidbarer Papiermüllproduktion die Umwelt in Deutschland und in Bayern.

Seit über vier Jahren müssen Geschäfte bei jedem Kauf einen Kassenbeleg anbieten, auch wenn viele Kunden die Quittung gar nicht wollen. Parallelstrukturen in Digital- und Papierform sind weder ökonomisch noch sind sie umweltfreundlich. Monika Rauscher, stellvertretende Obermeisterin der Bäcker-Innung Nürnberg, bezeichnet die Bonpflicht als schikanöse Maßnahme an der falschen Stelle, da neue TSE-Kassensysteme (TSE = Technische Sicherheitseinrichtung) vom ersten Tastendruck bis zum Geldeingang alle Eingaben aufzeichnen und Bons daher überflüssig seien. Allein in ihren acht Bäckerei-Bock-Filialen fielen im letzten Jahr über 120 km Kassenbons an, eine Strecke von Augsburg bis Nürnberg.¹

Technische Sicherheitsmaßnahmen an den Kassen verhindern Steuerbetrug so weit wie möglich. Der zusätzliche Ausdruck eines Kassenbons hat, bezogen auf die Verhinderung von Steuerhinterziehung, keinen relevanten Mehrwert.²

Neben Umweltschutz ist auch der Bürokratieabbau eine wichtige Aufgabe der Politik. Trotz der Bürokratieentlastungsgesetze I–III, die bereits unter der Regierung Merkel lanciert wurden, steigt die Bürokratiebelastung weiter. Der Normenkontrollrat stellt auch der Ampelregierung in Sachen Bürokratieabbau ein vernichtendes Zeugnis aus. In nur zwei Jahren hat sie die Bürokratiekosten um mehr als 150 Prozent auf ein nie dagewesenes Rekordniveau hochgeschraubt. Beim versprochenen Bürokratieabbau bleibt es

¹ <https://www.nordbayern.de/wirtschaft/bilanz-nach-einem-jahr-bonpflicht-hat-weiterhin-kaum-freunde-1.10905104>

² <https://www.handelsverband-nrw.de/2019/12/17/aktuelle-meldung-des-hde-kassenbon-pflicht-buero-kratich-und-umweltschaedlich/>

bei bloßen Ankündigungen. Das geplante Bürokratieentlastungsgesetz IV kann die gesteigerten Bürokratiekosten dabei nicht ansatzweise kompensieren.³

Die Kassenbonnpflicht widerspricht den Zielen der Müllvermeidung, des Umweltschutzes und des Bürokratieabbaus und sie stellt sämtliche kleine und mittelständische Unternehmer ungerechtfertigt unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung. Laut Wirtschaftswoche rechnen Forscher bei Aufrechterhaltung der Bonnpflicht mit mehr als 2 Mio. km zusätzlichem Bonnpapier pro Jahr, was 5,7 Mio. kg Papier entspricht, „für das pro Stunde etwa eine Fichte gefällt werden muss“.⁴

³ <https://web.de/magazine/politik/regierungsberater-beklagen-stark-steigende-buerokratiekosten-ampel-38885450>

⁴ <https://www.wiwo.de/unternehmen/handel/pro-stunde-eine-fichte-forscher-rechnen-bei-bon-pflicht-mit-5-7-millionen-kilogramm-zusaetzlichem-kassenpapier/25306602.html>